

Hofheim, 4. Juni 2020

Fast 2650 Menschen in Arbeit vermittelt

Eingliederungsbericht für 2019 vorgelegt – Baron: Corona-Folgen aktuell noch nicht absehbar

Der Main-Taunus-Kreis hat im vergangenen Jahr 2642 Menschen in Arbeit vermittelt und damit nach eigenem Bekunden erneut ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Das geht aus dem neuen Eingliederungsbericht hervor, den Kreisbeigeordneter Johannes Baron vorgelegt hat. „Kontinuierliche Beratung und Begleitung“ sei weiterhin der Anspruch des Kommunalen Jobcenters, so der Sozialdezernent. Die Folgen der Corona-Krise im laufenden Jahr seien noch nicht abzusehen.

Dem Bericht zufolge wurden im vergangenen Jahr 1072 Menschen in Vollzeit-Beschäftigungen vermittelt, 763 in Teilzeit und 807 in so genannte Minijobs. Für 65 Prozent der Personen, die Qualifizierungen durchlaufen hätten, sei eine kontinuierliche Beschäftigung gefunden worden. „Mit dieser Quote sind wir bundesweit mit führend“, so Baron. Nur in 15 Fällen habe der Kreis mit Eingliederungszuschüssen unterstützen müssen, „das bestätigt unsere engagierte Arbeit“.

Noch zu verbessern ist laut Baron die Entwicklung bei den Angeboten auf dem so genannten sozialen Arbeitsmarkt, also Beschäftigungen für sonst schwer vermittelbare Personen. Nur wenige Unternehmen hätten solche Stellen eingerichtet; hier müsse der Kreis daher aktuell vor allem auf Organisationen der Wohlfahrt zählen.

Für insgesamt 24 Eingliederungsmaßnahmen wie Qualifizierungsprogramme wurden an Bundes-, Landes- und Kreismitteln insgesamt fast sechs Millionen Euro aufgewendet. 2619 Menschen nahmen daran teil.

Aufmerksam blickt Baron nach eigenem Bekunden auf die Entwicklung im laufenden Jahr: „Die Corona-Pandemie hat über Wochen die Wirtschaft in weiten Teilen lahmgelegt. Von Februar bis Mai seien die Arbeitslosenzahlen im MTK von 2484 auf 2923 gestiegen. Alleine im April habe es 663 Neuanträge gegeben; das seien zwei- bis dreimal so viele wie in anderen Monaten.“

Baron ruft den Bund dazu auf, die Leistungen an die Kommunen weiter zu erhöhen. Zwar habe der Bund die Mittel für Verwaltungskosten aufgestockt; das reiche aber immer noch nicht, um diese Kosten zu decken: „Unsere erfolgreichen Vermittlungen zeigen, dass das gut investierte Geld ist.“ Zudem würden die Kosten der Unterkunft – zu 70 Prozent aus kommunalen Mitteln finanziert – stetig steigen. Hier müsse der Bund helfen.

Der Eingliederungsbericht zeigt, welche Strategien der Main-Taunus-Kreis angewandt hat, um Leistungsempfänger auf ihrem Weg aus der Hilfebedürftigkeit zu unterstützen. Der aktuelle Bericht und die Dokumentationen früherer Jahre können auf der Internetseite des Main-Taunus-Kreises unter www.mtk.org heruntergeladen werden.